



**Stadt Ingolstadt**  
Gartenamt

**Begrünungs- und  
Gestaltungssatzung  
der Stadt Ingolstadt**

## **Inhaltsverzeichnis**

**Seite**

Vorwort	4 - 7
Satzungstext	8 - 15
Anlage 1 - Anforderungskatalog	16 - 17
Anlage 1a - Musterplan	18 - 19
Impressum	20

## Sehr geehrte Damen und Herren,

Gärten und insbesondere Vorgärten sind prägende Elemente unserer Stadt. Vor allem Vorgärten sind Übergangszonen zum öffentlichen Raum und beeinflussen somit das Gesicht der Wohnviertel. Ziel der überarbeiteten Begrünungs- und Gestaltungssatzung ist es, diese Gärten qualitativ und nachhaltig als Lebensräume zu gestalten.

Die Stadt Ingolstadt verzeichnet seit Jahren einen hohen Einwohnerzuwachs und damit verbunden eine hohe Nachfrage nach bebaubaren Grundstücken. Bauwillige streben insbesondere aufgrund der hohen Baulandpreise eine intensive Ausnutzung der Baugrundstücke an. Grüne, unversiegelte Freiräume und Bäume auf den Baugrundstücken haben jedoch eine vielfältige Bedeutung für den Stadtraum. Sie ermöglichen Freiräume mit Aufenthaltsqualität und sollen ein attraktives Stadtbild erhalten. Daneben haben Sie auch eine große stadtoökologische Funktion.

Um Vorgaben zur Gestaltung, Sicherung und Entwicklung von grünen Freiflächen auf unbebauten Flächen bebauter Grundstücke verbindlich umsetzen zu können, hat der Stadtrat am 28.06.2018 eine erste Begrünungs- und Gestaltungssatzung beschlossen. Aus Sicht mehrerer Stadtratsfraktionen und Gruppierungen machten jedoch der fortschreitende Klimawandel, aber auch gesellschaftliche Entwicklungen, eine Überarbeitung der Satzung notwendig.

Extremwetterereignisse wie andauernde Hitzeperioden oder Starkregen machen es notwendig, für mehr Grünflächen in der Stadt mit Bäumen und Sträuchern zu sorgen. Sie dämpfen durch Verdunstung Temperaturextreme und die Versickerung sorgt für eine Reduzierung von Wasserabflüssen.

Immer häufiger werden Gartenflächen am Haus als Schotter- bzw. Kiesflächen gestaltet. Ergebnis sind meist triste und ökologisch wertlose Flächen, die keinen Lebensraum für Pflanzen und Tiere bieten und sich im Sommer zudem stark aufheizen. Regelungen in der Satzung sollen diesem Trend entgegenwirken.

Die neue Satzung erhöht den erforderlichen Mindestanteil an Grünflächen auf Baugrundstücken von 15 auf 20 Prozent. Auch ist es vorgeschrieben, eine höhere Anzahl von Bäumen auf den Grundstücken zu pflanzen. Bei fensterlosen Wänden gewerblicher und landwirtschaftlicher Gebäude sowie Tiefgaranzufahrten sind in Zukunft Fassadenbegrünungen vorzusehen. Die Forderung von Kleintierdurchlässen bei Einfriedungen soll der Kleintierfauna, wie zum Beispiel dem Igel, zugute kommen.

Neben der Berücksichtigung von ökologischen Belangen hat die Satzung auch einen gestalterisch-ästhetischen Aspekt. Durch das Gebot der Begrünung von Einfriedungen und dem Verbot von Kunststoffmaterialien soll ein ansprechendes Orts- und Straßenbild gefördert werden.

Die Änderung der Bayerischen Bauordnung im Jahr 2021 hat es möglich gemacht, dass die Pflicht zur Erstellung eines Kinderspielplatzes in einer Wohnanlage in begründeten Einzelfällen durch einen an die Stadt zu zahlenden Geldbetrag ähnlich wie bei Kfz-Stellplätzen abgelöst werden kann. Das ist sinnvoll beispielsweise bei Studentenappartements oder Wohnungen in der Altstadt. Die Ablösebeiträge sind für die Herstellung öffentlicher Kinderspielplätze zu verwenden.

Mit Ausnahme von Wohngebäuden bis 5 Wohneinheiten ist bei Bauanträgen ein qualifizierter



Freiflächengestaltungsplan einzureichen. Die erforderlichen Planinhalte können einem Anforderungskatalog und einem Musterplan entnommen werden. Zur Sicherstellung des Vollzugs der Satzung ist vor Aushändigung der Baugenehmigung eine Sicherheitsleistung in Form einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft vorzulegen.

Mit der neuen Begrünungs- und Gestaltungssatzung werden zusätzliche private Grünflächen entstehen, die ein Element für die Entwicklung Ingolstadts zu einer durchgrünten und nachhaltigen Stadt darstellen.

Ulrike Wittmann-Brand  
**Stadtbaurätin**

Bernward Wilhelmi  
**Leiter des Gartenamtes**

# Satzung über die Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, Einfriedungen und Kinderspielplätze

## (Begrünungs- und Gestaltungssatzung)

Auf Grund von Art. 81 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 5 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-I), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, erlässt die Stadt Ingolstadt folgende Satzung:

### § 1 Geltungs- und Anwendungsbereich

- (1) Die Satzung gilt im gesamten Stadtgebiet für die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, für die Begrünung baulicher Anlagen, die Gestaltung von Einfriedungen sowie die Lage, Größe und Ausstattung von Kinderspielplätzen. Sie ist auf Bauvorhaben anzuwenden, für die nach Inkrafttreten der Satzung ein Bauantrag oder ein die baurechtliche Prüfung umfassender Antrag gestellt wird oder eine Vorlage der Genehmigungsfreistellungsunterlagen erfolgt sowie auf Bauvorhaben, die verfahrensfrei sind.
- (2) Für die betroffenen Vorhaben ist mit Ausnahme von Wohngebäuden bis 5 Wohneinheiten ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan entsprechend der Anlage 1 und 1a (Anforderungskatalog an Freiflächengestaltungspläne und Muster-Freiflächenplan) vorzulegen. In Einzelfällen ist ein solcher bei den in Absatz 1 genannten Fällen nach Aufforderung vorzulegen.



### § 2 Ziele

Die Satzung bezweckt die

- Sicherstellung und Förderung einer angemessenen Durchgrünung und Gestaltung der Baugrundstücke und Einfriedungen,
- äußere Gestaltung von Gewerbe- sowie landwirtschaftlichen Anlagen und Tiefgaragenzufahrten durch Fassadenbegrünung,
- Förderung der Verwendung von wasserdurchlässigen Belägen in den Freiflächen,
- Prüfung der Vereinbarkeit der Freiflächenplanung mit dem öffentlichen Bestandsgrün, beispielsweise Alleen und Einzelbäumen,
- Vermeidung von Stein- und Schottergärten,
- angemessene Anlage und Gestaltung von Kinderspielplätzen in Wohnanlagen ab 6 Wohneinheiten.

### § 3 Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke

- (1) Die nicht überbauten Flächen einschließlich der unterbauten Freiflächen der bebauten Grundstücke sind unter Berücksichtigung vorhandener Gehölzbestände nach Maßgabe der folgenden Absätze zu begrünen und mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Dabei sind standortgerechte Gehölzarten oder Arten zu verwenden, die erwarten lassen, dass sie sich einem künftigen Klimawandel anpassen können.
- (2) Schotter- und Steingärten sind zu vermeiden. Dabei handelt es sich um mit Steinen, Schotter und Kies bedeckte Gartenflächen, in welchen das Steinmaterial gegenüber der Bepflanzung überwiegt. Mineralisch gemulchte Flächen, bei denen der Einsatz von Kies, Schotter und Steinen sich der Bepflanzung unterordnet, gelten nicht als Schotter- und Steingärten.
- (3) Je Baugrundstück ist mindestens ein standortgerechter Laubbaum zu pflanzen. Zusätzlich ist pro 100 m<sup>2</sup> Grünfläche im Sinne von § 3 Abs. 4 jeweils ein weiterer standortgerechter Laubbaum oder aufgrund fehlender Großbaumstandorte Ersatzpflanzungen gem. Satz 5 vorzusehen. Bäume, die aufgrund § 5 Abs.2 gepflanzt werden, sind hierauf nicht anzurechnen.

Laubbäume sind als Hochstamm mit einem Mindeststammumfang von 16/18 cm zu pflanzen. Ersatzweise können

Sträucher mit einer Pflanzhöhe von mindestens 60 – 100 cm oder Obstbäume mit einem Mindeststammumfang von 12/14 cm gepflanzt werden.

Die notwendigen Abstände zu Nachbargrundstücken in Abhängigkeit der Endwuchshöhe sind dabei zu berücksichtigen.

- (4) Mindestens 20 Prozent des gesamten Baugrundstückes sind zu begrünen. Es ist ein rechnerischer Nachweis zu führen.
- (5) Können mindestens 20 Prozent an Grünflächen bezogen auf die Gesamtfläche des Baugrundstückes nicht vollständig nachgewiesen werden, können die fehlenden Grünflächen in Teilen durch eine Dachbegrünung kompensiert werden. Dabei ersetzen 5 m<sup>2</sup> Dachbegrünung 1 m<sup>2</sup> Grünfläche am Boden.

#### § 4 Fassadenbegrünung

- (1) Zur Aufwertung des Straßen- und Ortsbildes sind fensterlose Fassadenabschnitte mit einer Breite ab 5,00 m von Gewerbe- sowie landwirtschaftlichen Gebäuden und Tiefgaragenzufahrten zu begrünen.
- (2) Als Begrünung sind Rank-, Kletterpflanzen oder Spalierbepflanzungen zu verwenden.
- (3) Fassaden, welche sich näher als 1,50 m an der Grundstücksgrenze befinden sind von der Regelung nach Absatz 1 ausgenommen.

#### § 5 Gestaltung von Tiefgaragen und Stellplätzen

- (1) Tiefgaragen und die Decken von Tiefgaragenzufahrten sind zu begrünen. Die Decken der Tiefgaragen außerhalb von Gebäuden, Terrassen, Zufahrten und Zuwegen sind so weit unter das künftige Geländeniveau abzusenken, dass eine Überdeckung mit mindestens 60 cm geeignetem Substrat zuzüglich der notwendigen Schutz- und Entwässerungsschicht gewährleistet ist. Soweit die Absenkung der Tiefgaragen aufgrund des Grundwasserspiegels während der Bauphase zu einer unzumutbaren Härte führen würde, kann eine Abweichung gem. § 11 zugelassen werden. Zum Nachweis kann auf die vorliegenden Grundwasserdaten der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR zurückgegriffen

werden.

- (2) Offene Stellplätze sind mit Bäumen zu überstellen und einzugrünen sowie mit wasserdurchlässigen Belägen zu versehen. Dabei ist für je 5 Stellplätze ein Laubbaum mit einem Mindeststammumfang von 16/18 cm zu pflanzen. Bereits bei einer Überschreitung der Anzahl von 5, 10, 15 usw. Stellplätzen auch nur um mindestens einen weiteren Stellplatz entsteht die Pflicht zur Pflanzung eines weiteren Laubbaumes (d.h. ab 6 Stellplätzen 2 Bäume, ab 11 Stellplätze 3 Bäume usw.). Die Baumscheibe hat dabei mindestens der Größe eines Stellplatzes zu entsprechen.
- (3) Zuwege und Zufahrten sind, soweit es die Nutzung zulässt, mit wasserdurchlässigen Belägen zu versehen. Die Zuwege und Zufahrten sind nach Möglichkeit so zu verorten, dass öffentliches Grün nicht beeinträchtigt wird.



## § 6 Gestaltung von Einfriedungen

- (1) Zur Verbesserung des Ortsbildes im öffentlichen Raum sind Einfriedungen zur öffentlichen Verkehrsfläche sowie öffentlichen Grünflächen (z.B. Parkanlagen) als:
  - a) geschlossenen Einfriedungen mit zusätzlicher, dauerhafter Bepflanzung (z.B. Kletter- oder Rankpflanzen)
  - b) offene Einfriedungen mit Hinterpflanzung oder
  - c) als Heckeanzulegen.  
  
Standortgerechte und klimaresistente Arten sind zu bevorzugen.
- (2) Zur Durchlässigkeit für Kleintiere sind bei offenen Einfriedungen zu Nachbargrundstücken und anschließenden Grünflächen 10 cm Bodenfreiheit einzuhalten. Bei geschlossenen Einfriedungen sind je 10 m Lauflänge ein Durchlass mit einem Querschnitt von mindestens 20 x 10 cm zu Nachbargrundstücken und anschließenden Grünflächen vorzusehen, pro Grundstück jedoch mindestens zwei Stück.
- (3) Kunststoff sowie Verbundmaterialien mit Kunststoffanteil sind als Material für geschlossene Einfriedungen zum öffentlichen Straßenraum sowie öffentlichen Grünflächen hin ausgeschlossen.



## § 7 Freiflächen für Kinderspielplätze

- (1) Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden mit sechs oder mehr Wohnungen ist auf dem Baugrundstück oder in unmittelbarer Nähe auf einem anderen geeigneten Grundstück, dessen dauerhafte Nutzung für diesen Zweck gegenüber dem Rechtsträger der Bauaufsichtsbehörde rechtlich gesichert sein muss, für je 25 m<sup>2</sup> Wohnfläche 1,5 m<sup>2</sup> Kinderspielplatzfläche herzustellen, mindestens jedoch 60 m<sup>2</sup>.
- (2) Kinderspielplätze sind so zu errichten, dass sie sich in verkehrsabgewandter Lage befinden und für die Kinder unmittelbar, ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsfläche zugänglich sind. Der Kinderspielplatz ist für je 60 m<sup>2</sup> mit mindestens einem Spielsandbereich (Mindestgröße 4 m<sup>2</sup>) nach DIN 18034, einem ortsfesten Spielgerät und einer ortsfesten Sitzgelegenheit auszustatten.
- (3) Sofern möglich, ist mindestens ein Baum im Sinne von § 3 Abs. 3 auf der Spielplatzfläche (Schattenspendler) zu pflanzen.



## § 8 Ablösung von Kinderspielplätzen

- (1) Der nach § 7 herzustellende Kinderspielplatz kann in begründeten Einzelfällen durch Zahlung eines Geldbetrages abgelöst werden. Dazu zählen beispielsweise Wohnungen in der Altstadt oder besondere Wohnungszuschnitte.
- (2) Der Geldbetrag für die Ablöse beträgt 450,- €/m<sup>2</sup>, mindestens jedoch 27.000,- € und ist für die Herstellung und Unterhaltung öffentlicher Kinderspielplätze zu verwenden.



## **§ 9 Erhaltungsgebot**

Ein der Satzung entsprechender Zustand ist auf Dauer zu erhalten.

## **§ 10 Verhältnis zu Bebauungsplänen und anderen Vorschriften**

Festsetzungen in rechtsverbindlichen Bebauungsplänen, in Vorhabens- und Erschließungsplänen sowie in anderen städtebaulichen Satzungen nach dem Baugesetzbuch (BauGB), die abweichende Regelungen treffen, gehen dieser Satzung vor.

## **§ 11 Abweichungen**

Für die Zulassung von Abweichungen von dieser Satzung gilt Art. 63 BayBO in der jeweils gültigen Fassung.

## **§ 12 Inkrafttreten**

- (1) Die Satzung tritt am 01.06.2022 in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung über die Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke vom 09. Juli 2018 (AM Nr. 31 vom 01.08.2018) außer Kraft.

## Anlage 1

# Anforderungskatalog über die Inhalte von Freiflächengestaltungsplänen

### Allgemein

- 3-fache Ausfertigung
- Maßstab je nach Größe des Bauobjektes 1:100 oder 1:200
- Lageplan im Maßstab von 1:1000 bis 1:5000
- Benennung der dem Baugrundstück anliegenden Straßen
- Unterzeichnet von Bauherr und Planfertiger
- Legende der verwendeten Signaturen und Planzeichen
- Angabe der Grundstücksgröße
- Rechnerischer Nachweis von mindestens 20% Grünfläche, alternativ zusätzlich
- Nachweis von Dachbegrünung
- Geländeschnitt im Maßstab 1:20 zur Darstellung der Tiefgaragenüberdeckung mit einer Mindeststärke von 60 cm geeignetem Bodensubstrat zusätzlich der notwendigen Schutz- und Entwässerungsschicht.
- Spielflächennachweis mit Angabe der Gesamtwohnfläche und Angabe der geplanten Spielplatzfläche (nicht bei Spielplatzablöse)
- Maßstabsbalken

### Planinhalte

#### Grundstück und Geländeform:

- Umgriff des Bauvorhabens mit Grundstücksgrenzen
- Angabe von Höhenkoten, Böschungslinien und -schraffuren

#### Bauliche Anlagen und befestigte Flächen:

- Alle vorhandenen und geplanten baulichen Anlagen (z.B. Gebäude, Garagen, Carports, Stützmauern, Außentrepfen, Mülltonnenstellplätze, Fahrradständer)
- Geschossanzahl (und Dachform)
- Ausdehnung und Umriss der Tiefgarage
- Stellplätze mit Benennung des Belages
- Befestigte Flächen einschließlich Zufahrten und Zuwegungen mit der jeweiligen Belagart
- Art und Höhe der Grundstückseinfriedung
- Darstellung der bestehenden und geplanten ober- und unterirdischen Versorgungsleitungen

- Kennzeichnung von Zu-, Abluft- und sonstigen Schächten. Sind keine Schächte vorgesehen, so ist dies zu vermerken
- Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser (z.B. Rigolen)
- Sofern vorgesehen, Darstellung des Spielplatzes mit seinen Belagsflächen, ortsfesten Spielgeräten und Ausstattungselementen
- Randsteinabsenkungen einschließlich der Anrampung
- Angabe und Richtung des Gefälles von Belagsflächen

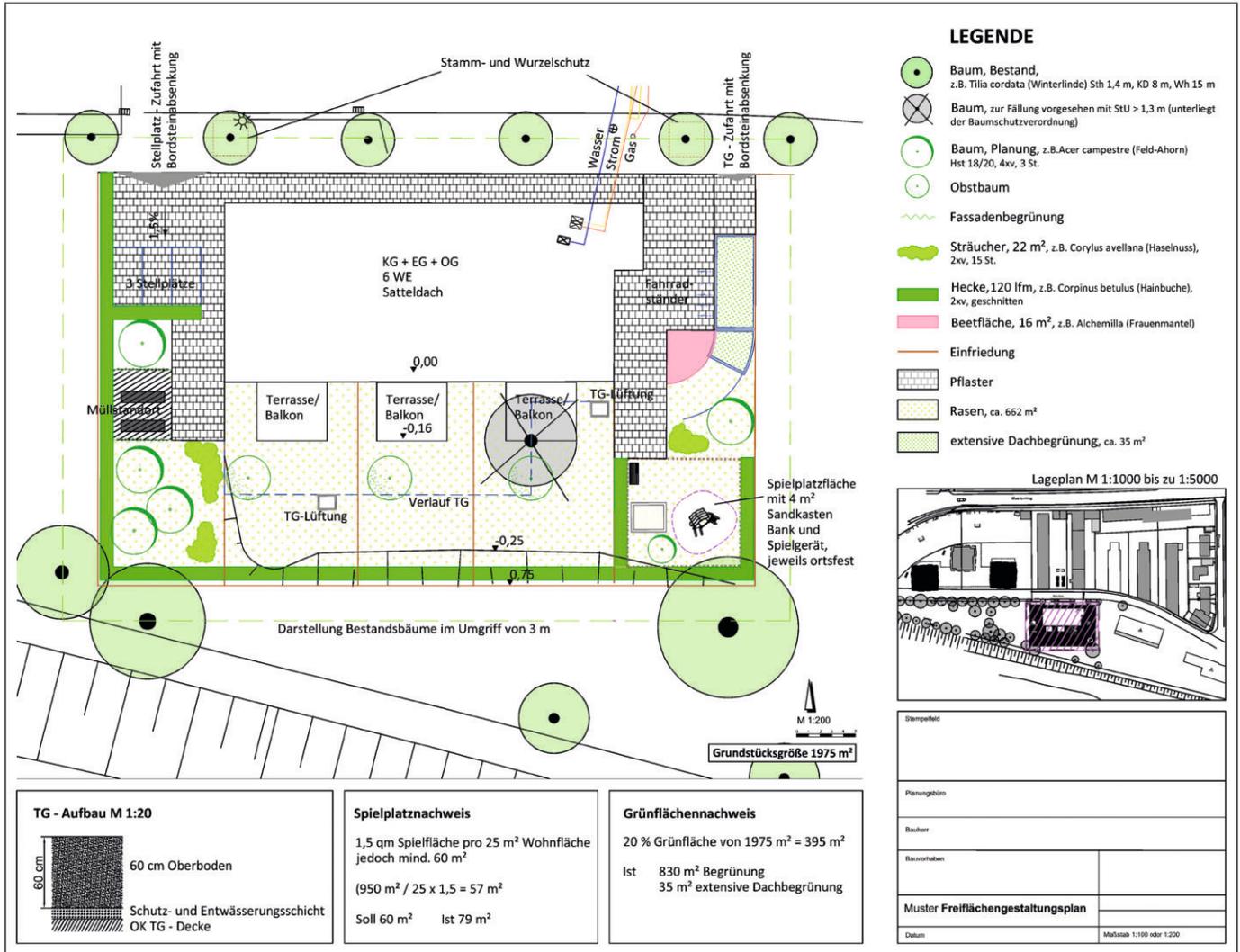
#### Vorhandener geschützter Gehölzbestand:

- Ein nach der Ingolstädter Baumschutzverordnung geschützter vorhandener Gehölzbestand ist im Plan darzustellen. Das gilt auch für Gehölzbestand auf Nachbargrundstücken, die in einer Entfernung von weniger als 3 Meter von der Baustellengrenze entfernt sind. Anzugeben sind der genaue Standort, deutscher und botanischer Pflanzenname, Stammumfang in 1 m Höhe, Wuchshöhe und Kronenausdehnung
- Die zum Erhalt von Bestandsbäumen für die Dauer der Baumaßnahme erforderlichen Schutzmaßnahmen (DIN18920, ZTV-Baumpflege) sind darzustellen.
- Zu fällende Gehölze sind zu kennzeichnen
- Bei Verpflanzungen ist der alte und neue Standort darzustellen
- Sofern kein Gehölzbestand vorhanden ist, ist dies zu vermerken

#### Neu zu pflanzende Gehölzflächen und Anlage von Vegetationsflächen:

- Bei der Neupflanzung von Gehölzen ist die Angabe der botanischen und vollständigen deutschen Bezeichnung, Pflanzgröße und Pflanzqualität erforderlich
- Mindestqualität bei Bäumen Hochstamm (Hst) mit 16 bis 18 cm Stammumfang, 3-4 x verpflanzt, bei Obstbäumen 12 bis 14 cm Stammumfang und bei Sträuchern 60 - 100 cm Höhe, 2 x verpflanzt.
- Bei allen vorgesehenen Grünflächen (Rasen, Staudenflächen, Bodendeckerflächen, Gehölzpflanzungen, Fassadenbegrünung) sind jeweils Art und Flächengröße zu benennen.
- Tiefgaragenzufahrten sind mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen und die Flächengröße zu benennen. Das gilt auch für weitere geplante Dachbegrünungen.

# Musterplan





© 2022 | Stadt Ingolstadt | Referat für Stadtentwicklung und Baurecht.  
Gartenamt | Auf der Höhe 54 | 85051 Ingolstadt | Tel. 0841-305 1931  
gartenamt@ingolstadt.de | www.ingolstadt.de

Gestaltung, Umsetzung und Bildnachweis: Gartenamt Ingolstadt